

# **Wehe, wenn sie losgelassen**

**Friedrich Schorlemmer 30.8.2018**

Die Ereignisse in Chemnitz vom 25./26. August 2018 lassen jeden Demokraten als erstes erschüttern, vereisen und stumm werden. Die dort zusammengerotteten Personen sind für einen zivilisierten politischen Meinungsprozess nicht mehr erreichbar. Auf die komplexe Welt reagieren die dort Protestierenden mit einfachen, vereinfachenden Denkmustern. Je einfacher, desto wirksamer. Hinzu kommt die Suche nach Sündenböcken. Schuld sei das System. Wer von unserer Demokratie als "dem System" spricht, muss wissen, was er sagt: dies war eine der zentralen Parolen der Nazis gegen die Weimarer Republik, die als "Systemzeit" diffamiert und deren Parlament als Schwatzbande abgestempelt wurde.

Gebrüll statt Gespräch, verfestigte Feindbilder, als ob die Ausländer, die unter uns wohnen, bei uns ihr Zufluchtsland gesucht haben, uns nun unser Land - messerstechend und Frauen belästigend - wegnehmen würden. Da kommen Leute - vornehmlich Männer - zusammen mit lang gepflegten Vorurteilen zusammen, die der kritischen Rückfrage nicht mehr zugänglich sind. Es sind eher geistig Genügsame, politisch Unreflektierte, emotional aufgeladene, eindeutig national oder auch nationalistisch Denkende und Empfindende.

Darunter sind auch sozial Verunsicherte, menschlich wenig Gewürdigte, die auf ihre soziale Zukunft verängstigt blicken - und Schuld an allem seien die Migranten.

Der enthemmte Mob mit entfesselter, demagogisch aufgeladener Energie hat das Zeug, die gesellschaftlichen Atmosphäre in unserem Land zu vergiften, Gewaltexzesse zu stimulieren und den Hass in Aktion und Reaktion zu schüren und letztendlich unsere Demokratie zu entern.

Einen Vorgeschmack dafür gibt uns die unerträglich aufgeladene Diskussionskultur in einzelnen ostdeutschen Landesparlamenten. Beim Streit herrschen Gebrüll statt Gespräch, skandierte Parolen statt differenzierter Argumente, dumpfe Emotionen, statt genauer Informationen. Von denen kommt niemand in eines unserer vielen Demokratieseminare. Demokratie ist "das Bohren dicker Bretter" (Max Weber). Und geregelte Integration ist kein einfaches Zeitprojekt. Es gibt eine Gemengelage zwischen sozialer Angst, gekränktem Selbstbewusstsein und ungewisser Zukunft, die sich in dumpf nationalistischem Gebaren ausdrücken.

Das ist jederzeit aufladbar und anheizbar, besonders in Zeiten, wo man mit den "sozialen Medien" eine sehr schnelle und wirksame Mobilisierungsfähigkeit gewonnen hat und gewissenlos nützt. Außerdem bestimmt der angstbesetzte Neid die Ausländerabwehr und ein erstochener "Kubadeutscher", wie er sich selber genannt hat, wird ein geradezu willkommener oder gar erwarteter Anlass, der deutschen Öffentlichkeit einen Schreck einzujagen. Verlierer zelebrieren eine Benachteiligungserzählung: denen - also den Migranten - würde "alles hinten und vorne reingesteckt und wir müssen zusehen, wo wir bleiben. Sie haben doch nicht in unsere Sozialkassen eingezahlt und bekommen nun alles umsonst. Also weg mit denen."

Dabei darf man freilich nicht die längerfristigen Probleme übergehen, die es bei der Integration von so vielen Menschen aus einem anderen Kulturkreis gibt. Und dann kann man auch von dem "Gewinn" reden, den uns Zuwendung bringt.

Erschreckend ist das hohe Mobilisierungstempo und die Zahl von Gewaltgruppen, die sich unter Fußball-Hooligans oder unter Initiativen wie "Pro Chemnitz" versammeln. Sie scheinen geradezu auf ein Signal gewartet

zu haben. Und die Sprecherin von PEGIDA wünscht sich Rache. Von wem? An wem? Warum und auf welche Weise? Wie viele bewußte Falschmeldungen und Gerüchte kursierten, anstachelnd in der Wirkung? Wer zur Rache aufmuntert, rührt an den Grundfesten unserer Demokratie. Lynchjustiz gehört dazu nicht, sondern die Unabhängigkeit der Gerichte und Geltung der Rechte.

Wes Geistes Kind sind die Initiatoren, die sich zu Tausenden in Chemnitz und Dresden eingefunden hatten? Sie drücken jedenfalls eine tiefe Spaltung unserer Gesellschaft aus. Die gewählten Volksvertreter müssen viel stärker die Nähe zu den Wählerinnen und Wählern suchen. Und das nicht nur, wenn es akut dramatische Herausforderungen gibt. Und es muss gefragt werden: Wes Geistes Kind sind denn die Initiatoren, die offensichtlich einen Generalverdacht gegen alle ausländischen Mitbürger ("Messermigranten") haben und sich deshalb legitimiert fühlen, sie so zu bedrohen und zu nötigen, das Weite zu suchen.

Die Politik und die Politiker haben die Aufgabe, die Deutungshoheit für seriöse Medien, für Justiz und Polizei wiederzugewinnen und sie für verantwortliche Politik zurückzugewinnen. Schwierig wird das, wo nicht mehr Aug in Aug gestritten, sondern im Internet drauflos gemeldet und multipliziert gehetzt wird, was auf den Wahrheitsgehalt nicht überprüft worden ist, aber seine destruktive Wirkung ausübt.

Es ist zu erinnern an die "Glocke" von Friedrich Schiller, in der er die furchtbaren Wirkungen des Feuers beschreibt. Und dieses Feuer kann eben auch Menschen ergreifen, wenn es nicht gebändigt wird.

"Wehe, wenn sie losgelassen / wachsend, ohne Widerstand"

Ja, wenn sie losgelassen werden, die Feuerflammen des Hasses, der Verachtung, des Neides, der Vernichtungsphantasien, der Fehlmeldungen. Der Freund des Toten Daniel H., hat von Herzen getrauert um ihn und hat in einer großen Geste auf Facebook an alle Freunde geschrieben: "Ich bitte euch um eines, lasst eure Trauer nicht in Wut und Hass umwandeln. Diese Rechten, die das als Plattform nutzen, mit denen mussten wir uns früher prügeln, weil sie uns nicht als genug deutsch angesehen haben."

Solche Haltung und solchen Umgang mit Trauer brauchen wir, wenn wir unsere freiheitliche, offene, tolerante, mit Gewaltenteilung funktionierende Demokratie erhalten wollen - als eine zuverlässige Mitspielerin aller demokratischen Staaten in Europa und in der Welt.

Demokratiegleichgültigkeit, -abstinenz, -enttäuschung und -verachtung führen letztlich in die Sehnsucht nach einer autoritären Herrschaftsform zurück - schlimmstenfalls zur (Selbst-)Unterwerfung unter diverse "Führer", verbunden mit nationalistisch verfestigter Einigkeit gegen alles Fremde und alle Fremden. Europaweit!

Die offene Gesellschaft braucht Bürger/innen, die unser Grundgesetz verbindlich als Grundlage allen Handelns und alles Konfliktaustragens verstehen. Also: verlässliche Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion. Parlamentarische Kontrolle und gleiches Recht für alle. In Wahlen stehen konkurrierende Konzepte zur Diskussion, bis sich Mehrheiten bilden und mit ihren differierenden Konzepten nach Kompromissen suchen, um zu handlungsfähigen Mehrheiten zu kommen. Dazu sind Parlamente mit konkurrierenden Parteien kaum ersetzbar, wobei die Parteien "bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken" (Art. 21 GG) Also: Die Parteien wirken mit; sie sind nicht allein Träger der politischen Willensbildung! Demokratie ist nie selbstverständlich. Demokratie steht immer auf dem Prüfstand. Demokratie lebt von den Überzeugungen der Bürger, die sie ausfüllen und notfalls

verteidigen. Aber sie ist nie ein sicheres Politikkonzept, sondern ist auf das gegenseitige Versprechen der Bürger gegründet. Somit ist sie nie ein Selbstläufer.

Wenn die demokratischen Parteien und Institutionen die Nähe zu den Menschen verlieren und abgehoben agieren, werden sie abgestraft, oft verbunden mit irrationalen und realen Ängsten, mit dumpfer Wut und Konstruktion von Feindbildern. Die Härte des Staates bei oder nach fremdenfeindlichen Übergriffen zu zeigen, darf nicht die einzige Reaktion bleiben. Der Versuch Wutbürger zurückzugewinnen wird nur dann Erfolg haben, wenn die konkreten Probleme einer Lösung zugeführt werden.

Man denke an den Zustand vieler Schulen, an die fragile ärztliche Versorgung, an die Vernachlässigung des ländlichen Raumes oder an alle die, die in Hartz IV festsitzen. Engagierte, zivilisiert streitfähige mündige Staatsbürger braucht das Land. Mutbürger, nicht bloß Wutbürger.